

Sachsen

Ärger um staatliche Pachtflächen

In Sachsen ärgern sich die Bauern über steigende Preise für staatliche Pachtflächen. Der zuständige Staatsbetrieb erklärt, man sei kein Preistreiber. Der Landesbauernverband sieht das aber anders.

von Ine Dippmann, MDR AKTUELL



Gute Ernte, aber steigende Pacht - in Sachsen gibt es Ärger um staatliche Pachtpreise.

Bildrechte: IMAGO

Die "Agrargenossenschaft Unteres Sächsisches Elbtal" in Kreinitz bewirtschaftet 2.200 Hektar Land. Getreide, aber auch Raps und Zuckerrüben werden hier angebaut. Das Land gehört der Genossenschaft nur zum Teil, viele Flächen sind gepachtet.

Teure Pacht

Vom Freistaat zu pachten sei aber teuer geworden, erzählt der Vorstandsvorsitzende Gerhard Förster: "Wir hatten im Jahr 2014 eine Ausschreibung über 30 Hektar, ertragsschwaches Land, 28 Bodenpunkte. Diese Ausschreibung haben wir verloren, dadurch dass wir ein Gebot abgegeben haben, das der wirtschaftlichen Vernunft entsprach. Den Zuschlag hat ein Bieter erlangt, der das Dreifache geboten hat. Das ist nicht nachvollziehbar."

Weniger als ein Prozent der sächsischen Landwirtschaftsflächen werden vom Freistaat verpachtet. Der größte Teil der Verpächter sind Privatleute, die den Hektar oft für 100 bis 200 Euro verpachten. Die Landwirte befürchten nun, dass das Beispiel des Staatsbetriebs und der Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH des Bundes Schule macht und die Privatverpächter animiert, ihre Preise anzuheben.

"Eher wettbewerbsfördernd"

Gerhard Förster sagt: "Wir kommen dann in die Situation, dass wir auf ein Pachtpreisniveau gelangen, dass für die Betriebe nicht mehr zu leisten ist und ihre Existenz bedrohen." Am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Halle befasst sich Direktor Alfons Balmann mit dem Bodenmarkt. Dass die Preise gestiegen seien, liege nicht an den Ausschreibungen, sondern daran dass besonders profitable oder auch risikofreudige Landwirtschaftsbetriebe so hoch bieten würden. Betreiber von Biogasanlagen sind dafür bekannt.

Mit Blick auf die Privatverpächter sagt Balmann: "Ich finde die Transparenz, die durch staatliche Ausschreibung geschaffen wird, eher wettbewerbsfördernd und meines Erachtens auch sozial gerechter. Dann muss man auch den kleinen Bodenbesitzern zugestehen, dass sie von der gestiegenen Rentabilität der Landwirtschaft partizipieren."

"Kein Preistreiber"

Sachsens Landwirtschaftsminister Thomas Schmidt wollte sich nicht zu dem Konflikt äußern. Der Staatsbetrieb SIB ist dem Finanzministerium unterstellt. In einer schriftlichen Stellungnahme teilte der SIB mit: "Der Freistaat Sachsen legt aus agrarstrukturellen und agrarpolitischen Gründen großen Wert darauf, an Landwirte zu verpachten, damit die Fläche auch der Landwirtschaft erhalten bleibt. Der SIB-Landwirtschaftsbestand ist allerdings nicht system- oder marktrelevant. Der SIB kann daher auch kein 'Preistreiber' sein."

"Besondere Umstände"

Der Präsident des Sächsischen Landesbauernverbandes, Wolfgang Vogel, bewertet das anders: "Ich erwarte vom Freistaat Sachsen, dass er zum einen nicht die Flächen freihändig ausschreibt, dass er zum zweiten auf die landwirtschaftlichen Unternehmen zugeht und sagt, wir sind bereit, Ihnen die Flächen längerfristig zur Verfügung zu stellen, und wir einigen uns auf eine moderate Pacht."

Das lasse die Sächsische Haushaltsordnung nicht zu, heißt es aus dem SIB. Darin ist geregelt, dass dem Abschluss von Verträgen eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen muss. Für die Bauern ist der Nachsatz interessant. "Besondere Umstände" rechtfertigten eine Ausnahme, heißt es da.



Radiobeiträge zum Nachhören

Die Audios von "MDR Aktuell - Das Nachrichtenradio" sind immer sieben Tage lang verfügbar.

[mehr >](#)